Stadtkanzlei
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon 033 225 82 21
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

STADT THUN

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 07/2016 vom 22. September 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen (ab Traktandum 2), Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham-Vadivelu, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Claude Schlapbach,Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren,
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel und Konrad Hädener
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträte Michael Dähler und Manfred Locher Gemeinderat Peter Siegenthaler
Schluss der Sitzung	19:55 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, beantragt eine Verschiebung von Traktandum 2, um auf Stadtrat Adrian Christen zu warten.

Der Rat nimmt die Verschiebung von Traktandum 2 stillschweigend an.

52. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 24. August 2016

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

54. Postulat P 1/2016 betreffend sicheres Velofahren - Förderung der Fahrfertigkeiten für Kinder und Jugendliche

Fraktion Grüne vom 7. April 2016; Beantwortung

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Zustimmung. Fähige Velofahrende stellen auf der Strasse kein Verkehrshindernis dar. Strecken auf Stadtgebieten sind von grösserem Nutzen als auf Kantonsgebieten, da es sich um ein geringes Investitionsvolumen mit einem hohen Nutzen handelt. Es wird auf die Pumptracks im Lerchenfeld verwiesen. Die Fraktion ist einstimmig für die Annahme des Postulats.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, begrüsst die positive Aufnahme des Vorstosses. Es ist wichtig, dass sich Kinder unter guten Voraussetzungen genügend und lustvoll bewegen können und einen sicheren Umgang mit dem Fahrrad lernen. Leider ist dies heute nicht mehr immer möglich. Grund dafür sind unter anderem Geldmangel oder kein Interesse. Ein breiteres Angebot an Pumptracks würde die Situation im Lerchenfeld entspannen und wäre wünschenswert. Auf dem Robinson-Spielplatz könnten bestehende Wege ausgebaut und durch mobile Pumptracks erweitert werden. Die derzeitige grosse Nachfrage könnte so dezentralisiert werden. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Carlo Schlatter, **SVP/FDP-Fraktion**, ist sich nicht sicher, ob Pumptracks die Verkehrssicherheit verbessern. Im Verhältnis zu allen Fahrradfahrenden werden Pumptracks nur von einigen wenigen genutzt. Für einen sicheren Strassenverkehr ist hauptsächlich die Einhaltung von Verkehrsregeln massgebend. Zudem ist die Fraktion der Meinung, dass das Erlernen des Fahrradfahrens nicht zu den Aufgabenbereichen des Staates sondern von Privaten gehört. Der Kanton hingegen ist für die Vermittlung und Überprüfung der Verkehrsregeln verantwortlich. Des Weiteren beschäftigt sich bereits der Kanton mit Fahrradwegen und Übungsgeländen. Die Stadt Thun soll die Resultate abwarten. Die Fraktion lehnt den Vorstoss einstimmig ab.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, weist auf die Attraktivität des Fahrradsports hin. Wer viel Fahrrad fährt, bewegt sich sicherer im Strassenverkehr. Pumptracks sind attraktive Angebote, welche bei Kindern und Jugendlichen die nötigen Kompetenzen für den Strassenverkehr fördern. Ein zusätzlicher Pumptrack in einem Quartier ist erwünscht. Die Fraktion wäre dankbar um Angebote des Kantons. Beim Fahrrad handelt es sich um ein unkompliziertes, gesundheitsförderndes, schnelles und ökologisches Fortbewegungsmittel, dem mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Um die Sicherheit für Fahrradfahrende zu erhöhen, braucht es neben Übungsplätzen auch ein sicheres Strassennetz, so zum Beispiel sichere Kreisel und Kreuzungen. Die Fraktion unterstreicht die Wichtigkeit von Verkehrsprävention in Kindergärten und Schulen, bei der keine Abstriche gemacht werden dürfen. Mithilfe eines neuen Pumptracks soll das Fahrrad als alltägliches Verkehrsmittel für Kinder und Jugendliche selbstverständlich werden. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, betont, dass niemand gegen die Sicherheitsförderung von Kindern im Verkehr ist. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein solches Projekt Angelegenheit der Stadt ist. Es

gibt in Thun und Umgebung bereits mehrere Übungsgelände. Damit sich die Stadt Thun als Velostadt bezeichnen kann, werden nicht unbedingt weitere Pumptracks benötigt. Das Erlernen des Fahrradfahrens ist Aufgabe der Eltern. Wichtiger als die Fahrfertigkeit ist das Beherrschen von Verkehrsregeln und -zeichen. Radwege und ein sicherer Veloverkehr sollen gefördert werden. Die Fraktion lehnt den Antrag einstimmig ab.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, weist auf den Gesundheitsaspekt des Fahrradsports hin. Die Ergebnisse der Prüfungsresultate zeigen, dass die Fahrtauglichkeit von Kindern abnimmt. Grundsätzlich liegt die Verantwortung des Velofahrens bei den Eltern. Übungsplätze sind allerdings eingeschränkt, während das Verkehrsaufkommen und die Komplexität von Kreuzungen und Kreiseln zunehmen. Pumptracks helfen dabei, Kinder und Jugendliche durch mehr Bewegung fit zu halten. Geschicklichkeit muss geübt werden, insbesondere deshalb, weil im heutigen Verkehr Vieles gleichzeitig gemacht werden muss. Pumptracks bieten dafür optimale Übungsgelegenheiten. Die Fraktion dankt für die Unterstützung.

Till Weber (Grüne) weist darauf hin, dass die Anlage im Lerchenfeld von vielen unterschiedlichen Altersklassen genutzt wird. Es ist im Strassenverkehr eine Herausforderung, viele Sachen gleichzeitig machen zu müssen. Fertigkeiten beim Fahrradfahren sind deshalb nötig, um Verkehrsregeln überhaupt erst zu erlernen.

Gemeinderat Roman Gimmel weist darauf hin, dass zwei angesprochene Themen auseinandergehalten werden müssen. Bei dem Vorstoss geht es um die stark genutzten Pumptracks, auf denen Motorik, Gleichgewicht und Steuerfertigkeiten geübt werden können. Ein anderes angesprochenes Thema ist das Strassenverkehrsgesetz. Ob das Beherrschen von Verkehrsregeln bei Fahrradfahrenden durch Pumptracks verbessert wird, kann nicht gesagt werden. Es schadet allerdings nichts, wenn auf beiden Gleisen weitergefahren wird. Eine Verkehrsprävention in Zusammenarbeit mit Schulen und Polizei ist weiterhin erwünscht. Zudem sollen aber auch Übungsplätze in Form von Pumptracks errichtet werden. Er versichert, dass bei einer Annahme nicht unzählige Pumptracks aufgestellt würden. Eine Zusammenarbeit und Absprache mit dem Kanton, wird angestrebt. Wenn der Kanton auf Mobilität setzt, sollte auch Thun folgen und etwas Nützliches aufstellen. Es wird auf den Skatepark in Steffisburg verwiesen, der im Frühling 2017 mit finanzieller Unterstützung der Stadt Thun eröffnet wird. Dieser sollte das Lerchenfeld vorerst etwas entlasten.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 20 : 18 Stimmen an.

53. Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Bahnhof Thun

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von brutto CHF 916'000 für den Betrieb der Plattform ESP Bahnhof Thun bis 2020 sowie für die Auflösung und Bearbeitung von Teilprojekten

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2016

Gemeinderätin Marianne Dumermuth informiert über das Erfolgsmodell ESP, das vom Kanton seit mehr als 25 Jahren unterstützt wird. In Thun befinden sich zurzeit zwei von 23 Entwicklungsschwerpunkten, die aktiv geplant und verbaut werden. Das Areal Bahnhof wurde im 2013 durch das Gebiet Rosenau-Scherzligen erweitert. Vier von fünf Schwerpunkten der Legislaturziele werden damit behandelt. Heute ist das komplexe Gebiet, welches die wichtigste Verkehrsdrehscheibe von Thun und der Region ist, weitgehend überbaut. Die Komplexität kann nur durch ein neues Planungsinstrument weiterentwickelt werden. Die Plattform hat das Areal mit seinen verschiedenen Nutzungsansprüchen entwickelt. Die gemeinsame Präzision und Erarbeitung des Modells ist beeindruckend. Verschiedene Entwicklungsvorstellungen sind dadurch bezüglich Städtebau entstanden. So sind zum Beispiel die Gebiete „Aarefeld Nord" und „Rosenau-Scherzligen" wichtige Stadtentwicklungs- und Verdichtungsgebiete für Wohnen, Dienstleistungen und Gastronomie. Der Wunsch eines Hallenbades ist ebenfalls aufgekommen. Der Raum zwischen der Seestrasse und den Bahngleisen soll nicht mehr in der ganzen Fläche überbaut werden. Das Valentini-Gebäude muss jedoch Platz machen. Wichtig war die Analyse des zukünftigen Bedarfs an öffentlichen Verkehrsmitteln, die einen erhöhten Bedarf und somit die Notwendigkeit einer neuen Anlegekante gezeigt

hat. Für die regionalen Busse ist ein oberirdisches Bus-Terminal nötig. Die städtischen Busse sollen weiterhin am Bahnhof stationiert sein.

Die ganze Planung ist so aufgebaut, dass eine Etablierung und Unabhängigkeit von Einzelprojekten möglich ist. Alles muss komplettiert und vertieft werden. Nach vier Jahren soll bereits viel Konkretes vorliegen. So können Realisierungen im Bereich der SBB Rampenstrasse oder auf dem frei werdenden Aarefeldparkplatze vorgezogen werden. In der Ortsplanungsrevision soll viel kommuniziert werden. Die Partizipation der Bevölkerung ist dann sinnvoll, wenn es in einzelnen Projekten zielführender ist. Der Kanton hat die Hälfte der bisherigen Kosten übernommen. Bei dem Verpflichtungskredit von 916'000 Franken handelt es sich um einen Bruttokredit. Dieser soll zu grossen Teilen von Partnern und dem Kanton übernommen werden. Für jedes Teilprojekt gibt es einen Planungsvertrag mit entsprechendem Partner. Die Annahme des Verpflichtungskredits ist wichtig, weil signalisiert wird, dass die Stadt Thun bereit ist und die Öffentlichkeit und Bevölkerung hinter den Plänen des ESP steht. Die Stadt bleibt durch den im Verhältnis stehenden Kredit handlungsfähig und flexibel. Bei dem Kredit handelt es sich noch nicht um einen Beschluss, sondern um ein oberes Kostendach. Für jedes einzelne Projekt braucht es einen ordentlichen Weg. Sollten sich Planungspartnerinnen und -partner trotz Commitment nicht an den Kosten beteiligen, würde das entsprechende Teilprojekt eingestellt, was für die Stadt kein Vorteil wäre. Anfangs würden dabei lediglich Kosten für die Plattform anfallen. Sie bittet den Rat, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Peter Aegerter, **SAKO StE**, verweist auf die Wichtigkeit des Geschäfts, welches mehrmals intensiv und kritisch diskutiert wurde. Es stellt sich die Frage, ob am Ende realisierbare Ergebnisse vorliegen. Wichtig ist, dass die Mittel nicht primär in partizipative Verfahren, sondern in die Suche nach Lösungsmöglichkeiten fliessen. Trotz allem wird man an gewissen Orten nicht um partizipative Verfahren herumkommen. Da es sich bei dem Geschäft um eine langfristige Planungs- und Realisierungsphase handelt, ist der relativ hohe Kredit zu relativieren. Aus diesem Grund müssen alle Fragen zu Rahmenbedingungen, die zum Gelingen der verschiedenen Projekte beitragen, in der Plattform geklärt werden. Es ist weiter zu berücksichtigen, dass die Hälfte des Kredits durch Investoren zurückfliessen soll. Teilprojekte werden nur dann ausgelöst, wenn die beteiligten Partnerinnen und Partner bekannt und bereit sind, ihren Teil der Kosten zu tragen. Das vorhandene grosse Potenzial in den verschiedenen Arealen ist nachvollziehbar. Die Erklärungen und Ausführungen betreffend Plattform und Teilprojekten wurden von den Teilnehmenden des Informationsanlasses vom 8. September gut aufgenommen. Eine der grossen Herausforderungen wird der Bereich des heutigen Kiesverlads sein. Eine mögliche Verlagerung ist bei den Eigentümern und Betreibenden seit längerem in Prüfung. Deshalb ist die Möglichkeit von etappierten Entwicklungen und Umsetzungsmöglichkeiten vom ESP Bahnhof Thun wichtig. Da verschiedene Infrastrukturen und entsprechende Rahmenbedingungen betroffen sind, wird eine Umsetzung von möglichen Massnahmen in kurzer Zeit erschwert. Hinzu kommt, dass viele Rahmenbedingungen für die Stadt nicht beeinflussbar sind. Dort, wo bereits heute konkrete Aussagen und Lösungsansätze vorliegen, beispielsweise im Bereich Verkehr, muss eine Umsetzung in absehbarer Zeit möglich sein. Die SAKO hat dem Verpflichtungskredit zugestimmt. Sie empfiehlt dem Rat, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist überzeugt, dass die Entwicklungen am Bahnhof Thun schnellstmöglich weiterbearbeitet werden müssen. Bisher ist zu wenig oder nichts geschehen. Die Aussicht, dass mit der Thuner Lagune das Legislaturziel auf eine sympathische Art erreicht werden kann, löst bei der Fraktion Begeisterung aus. Die beantragten Kosten dafür sind jedoch beträchtlich. Die Fraktion erwartet einen Gegenwert in Form von geklärten Rahmenbedingungen und umsetzbaren Teilprojekten. Erfreut nimmt die Fraktion zur Kenntnis, dass es sich bei dem Verpflichtungskredit um einen Bruttokredit handelt, bei dem ein grosser Teil der Mittel nur in Zusammenhang von Teilprojekten nach Planungsvereinbarungen verwendet werden kann. Die Frage des Kiesverlads ist zentral. Die Fraktion hofft und ist überzeugt, dass intensiv nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wird. Der künftige Uferweg im Areal Rosenau-Scherzligen könnte ohne Sperrzeiten gefahrlos begangen werden. Es wäre wünschenswert, wenn Teilprojekte in näherer Zukunft fassbare Resultate aufweisen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für den umfassenden Bericht und das Modell der Plattform. Bei dem Geschäft müssen gewisse Sachen, wie beispielsweise Verkehrsfragen, schnell umgesetzt werden, während andere Sachen, wie der Kiesverlad, nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Hier muss allerdings aufgepasst werden, dass nicht zu lange gewartet wird. Relativ schnelle

und gute Lösungen mittels Etappierung werden angestrebt, ohne dass andere Sachen dadurch reduziert oder nicht mehr ermöglicht werden. Eine gute Vorbereitung ist notwendig. Es soll mit Partnerinnen und Partnern zusammengearbeitet werden. Diese müssen mit gewissen Unsicherheiten leben und trotzdem mitarbeiten können. Eine frühzeitige Einbindung und Verbindlichkeit ist notwendig. Zwischen den einzelnen Partnerinnen und Partnern sollte eine gewisse Kooperativität vorhanden sein, um gemeinsam Lösungen zu finden. Die Stadt soll dabei koordinativ oder ausgleichend tätig sein. Die Kosten sind hoch, aber als Bruttokredit notwendig. Die entsprechenden Beiträge von Partnerinnen und Partnern sollen eingefordert und an den Nutzen, der für sie schlussendlich daraus gezogen wird, angepasst werden. Die Fraktion vertraut darauf, dass der Gemeinderat die Verantwortung für die operative Umsetzung des Verpflichtungskredits trägt. Alternativen sollen geprüft werden. So wäre für die Busse möglicherweise auch ein anderer Standort als vor dem Bahnhof möglich. Die Fraktion wünscht dem Gemeinderat eine gewisse Kurzsichtigkeit für anstehende Probleme und eine Weitsichtigkeit, damit Gesamtheitliches frühzeitig ins Blickfeld kommt. Die Fraktion unterstützt das Geschäft.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die gute Dokumentation. Der Bahnhof ist das verkehrstechnische Herzstück der Stadt, das durch die hohen Verkehrs- und Personenströme belastet ist. Es ist bedenklich, dass sehr attraktive Plätze in Thun als Parkplätze oder Wendeplätze für Busse verwendet werden. Es ist Handlungsbedarf vorhanden. Allerdings stellt sich die Frage, was man nach vier Jahren konkret hat. Ein sorgsamer Umgang mit den Steuergeldern ist erwünscht. Eine fehlende Abstimmung und Doppelspurigkeit durch das Gesamtverkehrskonzept und die Ortsplanungsrevision werden befürchtet. Einzelne Massnahmen hätten möglicherweise einfacher erreicht werden können. Eine Etappierung würde die Probleme, wie zum Beispiel die Unsicherheiten mit dem Kiesverlad, auffangen. Eine motivierte und personell aufgestockte Crew mit externer Hilfe ist vorhanden. Die Fraktion hofft, dass nach vier Jahren Grundlagen für einen Architekturwettbewerb vorliegen, der eine Entwicklung der Lagune ermöglicht. Es wäre zudem wünschenswert, dass die Menschenströme zwischen dem Valentinigebäude und dem Bahnhof, die heute den Verkehr stark behindern, minimiert werden könnten. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Das Projekt ESP Bahnhof, so Stadtrat Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist einerseits ein Blankoscheck und andererseits eine Jahrhundertchance. Es ist kaum vorstellbar, was man für das Geld, welches für partizipative Verfahren gesprochen wird, konkret erhält. Es bestehen viele Abhängigkeiten, da grössere Akteure wie die SBB mitwirken. Auf der anderen Seite handelt es sich beim Areal Bahnhof Thun um einen verkehrspolitischen Knotenpunkt, der bezüglich Arealentwicklungspotenzial hoch attraktiv ist. Der Bahnhof ist die Visitenkarte der Stadt. Hier muss etwas gehen. Die Fraktion stimmt dem Geschäft mit Vorbehalt einstimmig zu. Vom Gemeinderat wird ein rasches Vorgehen bezüglich Planungsarbeit und Verhandlungsgeschick beim Aufzeigen der Entwicklungsbedürfnisse erwartet. Die Entwicklungsbedürfnisse könnten zu Win-Win-Situationen führen. Die Fraktion wünscht sich in entsprechender Zeit einen entsprechenden Gegenwert, so dass weitere Planungsschritte zügig in Angriff genommen werden können.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und den Verantwortlichen aus dem Planungsamt für die ausführliche Dokumentation. Die Fraktion unterstützt die grosszügige Erweiterung des Perimeters, die für die weitere Planung und die entsprechenden Resultate wichtig sind. Die Chancen und Risiken scheinen vom Gemeinderat realistisch eingeschätzt worden zu sein. Eine finanzielle Unterstützung durch beteiligte Planungspartnerinnen und -partner ist wichtig, unter anderem für deren Engagement. Das Angebot an kulturellen Möglichkeiten und Ideen soll in Zukunft in die Planung mit einfliessen. Es wird auf das Thema Veloabstellplätze verwiesen, das rund um den Bahnhof immer ein Thema ist. Die Fraktion hofft auf eine zügige Weiterentwicklung und regelmässige Informationen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt für die wohlwollenden Voten und die gute Aufnahme des Geschäfts. Fragen und kritische Gedanken sind erwünscht, insbesondere bei grossen und langfristigen Projekten. Die vorgebrachten Wünsche wurden entgegengenommen. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um Wünsche, sondern auch um Vorgaben. Die grossen Partnerinnen und Partner haben zum Teil andere Interessen als die Stadt Thun. Es hat sich gezeigt, dass eine Kooperation sowie Win-Win-Situationen möglich sind und die Interessen aufeinander abgestimmt werden können. Die Plattform hat bereits viel, zum Teil noch nicht Sichtbares, bewirkt. Es wird auf die Commitments verwiesen, die von al-

len grossen Partnern eingeholt wurden. Die Partner und Partnerinnen sind sich über die Weiterentwicklung und Kostenbeteiligung bewusst.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 31. August 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von brutto 916'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5612.5290.009 (Bilanzkonto Nr. 14290.10.01) für die Weiterführung der „Plattform ESP Bahnhof Thun" bis 2020, Konkretisierung und Etappierung der Planung sowie deren Umsetzung mittels Teilprojekten.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

55. Postulat P 8/2016 betreffend sichere Anbindung Lerchenfeld-Uttigenstrasse

Fraktion Grüne vom 24. August 2016; dringliche Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener verweist auf zwei Privatstrassen der Armasuisse Immobilien, die im 2016 bereits von der Stadt übernommen wurden. Der nächste logische und seit langem vorgesehene Übernahmeort ist die Uttigenstrasse, gestützt auf den kommunalen Richtplan ESP-Nord. Der Richtplan aus dem Jahr 2014 beinhaltet ein Massnahmenblatt E4 zur Uttigenstrasse sowie die Unterschrift der Grundeigentümer und -eigentümerinnen. Die Öffnung der Uttigenstrasse ist für den Langsamverkehr vorgesehen, nicht jedoch für den durchgehenden motorisierten Individualverkehr. Die Überbauungsordnung war anfangs Jahr praktisch bereinigt durch den Kanton. In der Zwischenzeit ist jedoch der SBB-Rahmenplan in die Quere gekommen, der die Langsamverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis behindert. Am meisten betroffen davon ist das Areal Aare-City, insbesondere die Uttigenstrasse sowie die Allmendstrasse. Ziel der zwanzigjährigen Planung des ESP Nord ist eine Win-Win-Situation, in der einerseits die Stadt durch die Erschliessung einer neuen Arbeitszone und andererseits die Grundeigentümerinnen und -eigentümer durch frei werdende Arealentwicklungsmöglichkeiten profitieren können. Die Gewichtung dieser Win-Win-Situation hat sich nun jedoch verschoben. Während das Lerchenfeld und die Stadt davon profitieren, kann die Grundeigentümerin Armasuisse Immobilien ihre Chancen nicht realisieren und müsste die Nachteile einer Öffnung der Uttigenstrasse in Kauf nehmen: Einerseits müssten Werkfahrzeuge von Betrieben und der Armasuisse, die nicht zulässig für den Strassenverkehr aber für den Werkverkehr sind, durch zulässige Fahrzeuge ersetzt werden. Andererseits müssten militärische Sicherungen, die zurzeit durch Abschrankungen auf der Strasse gesichert werden, auf Gebäudeebene verlagert werden. Nicht zuletzt besteht das Risiko, dass die Lagerkapazität an Gefahrenstoffen heruntergesetzt wird, da diese von der Nähe der Bevölkerung abhängt. Gespräche mit Armasuisse Immobilien finden statt, unter anderem an kommendem Montag. Aufgrund der momentanen Ausgangslage wird eine Findung aber wohl kaum möglich sein. Es handelt sich bei dem Postulat um ein gerechtfertigtes Anliegen. Allerdings kann nicht von unhaltbaren Zuständen gesprochen werden. Es gibt nicht nur städtische, sondern auch kantonale Baustellen auf der Allmendstrasse, für welche das Tiefbauamt des Kantons verantwortlich ist. Das Tiefbauamt teilt die Meinung des Gemeinderats und schätzt die Situation als tragbar ein. Er verweist auf die Schulstrasse, bei der ähnliche Verhältnisse herrschen.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, entschuldigt sich für die Formulierung des Postulats. In der Vergangenheit wurde man oft vertröstet. Aus diesem Grund wurde nun der politische Weg eingeschlagen. Die Verbindung wurde bereits in der Gesamtverkehrsstudie Agglomeration Thun aus dem 2003 als Massnahme vorgeschlagen, die jedoch noch immer offen ist. Es fehlt der Wille der Stadt Thun, um die Öffnung der Strasse durchzusetzen. Unter Umständen müsste man sich mit Geschäften wie der Städteinitiative gar nicht herumschlagen, wenn die Langsamsverkehrsmassnahmen in Thun umgesetzt würden. Die Fraktion beantragt Dringlichkeit in dem Geschäft. Da es sich um eine verengte Strasse ohne Geschwindigkeitsreduzierung handelt, sind die Zustände für die Fraktion unhaltbar. Die Stadt wird dazu aufgefordert, mehr Druck auszuüben.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, teilt die Aussage, dass jeder Unfall einer zu viel ist. Allerdings muss über die zeitlichen Realitäten nachgedacht werden. Der Schutz von kritischer Infrastruktur ist neben der Sicherheit von Verkehrsteilnehmenden ebenfalls zu beachten. Es kann nicht sein, dass Betriebe wie die Ammotec, die Munition fabriziert, durch eine voreilige Massnahme gefährdet werden. Ein gut abgesprochener Prozess ist erwünscht. Entsprechende bauliche Massnahmen müssen zur Sicherstellung der Sicherheit abgeschlossen sein. Die Fraktion unterstützt eine gut orchestrierte Vorgehensweise und wird das Postulat annehmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Kürze der Stellungnahme des Gemeinderates viel Interpretationsfreiraum lässt. Hätte man vor vielen Jahren auf Tourismus statt Militär gesetzt, würde heute vielleicht vieles anders aussehen. Das Gebiet Uttigenstrasse und die kleine Allmend waren über Jahrzehnte hinweg nur für Arbeitende zugänglich. Dadurch wurde ein architektonisches Biotop mit wunderbaren Bauten ermöglicht. Für eine Armasuisse wäre die Öffnung der Uttigenstrasse eine Aufwertung, um mehr Leute anzuziehen. Sicherheit ist der Grundauftrag der Schweizer Armee. Die kritischen Infrastrukturen müssen ebenfalls geschützt werden. Mit der Öffnung der Uttigenstrasse für den Langsamverkehr würde die Armasuisse einen wichtigen Beitrag für die Thuner Bevölkerung leisten und ein Zeichen setzen. Eine Lösungsfindung bis zum Fest "Thun meets Army" im Oktober 2016 wäre vorteilhaft. Die Fraktion könnte sich eine Öffnung tagsüber als Pilotprojekt vorstellen. Dabei müssen nicht zwingend alle anderen gesetzlichen Vorlagen eingehalten werden. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu und hofft auf eine rasche Verwirklichung.

Andrea de Meuron (Grüne) fragt sich, warum man tagsüber als Zivilist in das Militär-Sicherheitsgebäude eindringen kann, trotz der hohen Sicherheitsrisiken. Eine temporäre Öffnung der Strasse tagsüber für Schulkinder und Velofahrende wäre wünschenswert.

Gemeinderat Konrad Hädener wehrt sich gegen die Vorwürfe, dass der Wille der Stadt fehlt. Drei von fünf Gemeinderäten beschäftigen sich aktiv mit diesem Thema. Entscheidend ist der Wille des Grundeigentümers, nicht des Gemeinderates. Bei der Öffnung der Uttigenstrasse geht es um den Teil der Strasse, der immer geschlossen ist, nicht nur in der Nacht. Er unterstreicht, dass regelmässig Gespräche mit der Armasuisse stattfinden. Es gibt viele Fragen zu klären, wobei die Uttigenstrasse ein Dauerthema ist. Er bittet, die Erwartungen im Bereich des Realisierbaren zu halten.

Till Weber (Grüne) entschuldigt sich, von fehlendem Willen von Seiten des Gemeinderats gesprochen zu haben. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum in den Jahren zwischen 2003 und 2016 in diesem Bereich nur so wenig gemacht wurde.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

56. Postulat P 3/2016 betreffend Vorwärtsgang für die Aarequerung Scherzligen

Fraktion Grüne, SP und Mitunterzeichnende vom 7. April 2016; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener ist froh um die Gelegenheit, alle Informationen betreffend Planung, Überlegungen und Projektierungen zugänglich zu machen. Er wehrt sich gegen den Titel, der den Gemeinderat dazu auffordert, schnell vorwärts zu machen. Er erinnert an vergangene Stadtratssitzungen, in denen sehr viele Rückweisungsanträge zu bedeutenden Geschäften gestellt wurden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, korrigiert, dass sich der Titel des Postulats auf die Aarequerung und nicht auf die Fähre bezieht. Die Fraktion ist grundsätzlich erfreut über die Empfehlung des Gemeinderates zur Annahme. Die Empfehlung zur Abschreibung wird jedoch kritisiert. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Massnahme des Agglomerationsprogramms aus dem Jahr 2000. Seither ist nur wenig gegangen. Gemeinderat Gimmel wird in einem Bericht aus dem 2012 zitiert, in dem er sagt, bis Ende 2013 mit der Realisierung beginnen zu wollen. Die Querung ist für den Langsamverkehr sehr wichtig. Im Schadaugebiet soll eine Entwicklung stattfinden. Leute müssen von einem Seeufer schnell ans andere gelangen. Es wird kritisiert, dass die Fähre als einzige Möglichkeit betrachtet wird. Versprochene Gutachten von Externen und ein Aussenblick fehlen in den Unterlagen. Ob eine Fähre genügt, ist fraglich. Eine entscheidende und wichtige Voraussetzung für die Attraktivität der Querung sind neben dem Standort die

Betriebszeiten. Bei der Finanzierung stellt sich die Frage, ob der Bund überhaupt einen Beitrag an den Fährbetrieb leisten würde. Je länger gewartet wird, desto höhere Kosten entstehen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, mit bestem Wissen und Gewissen alles zu prüfen. Autonome Fahrzeuge sind durch die rasante Technologie vielleicht nicht ganz so unrealistisch. Die Technologiesprünge müssen in der Planung berücksichtigt werden. Die Fraktion findet eine Abschreibung des Postulats nicht richtig, da eine politische Weiterentwicklung und weitere Abklärungen erwünscht sind. Die Fraktion ist für die Annahme des Geschäfts ohne Abschreibung.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, sieht die Notwendigkeit der Querung nicht. Da sich die Ausgangslage und die Begebenheiten geändert haben, wurde im Rahmen des Agglomerationsprogramms 1 von einer Langsamverkehrsverbindung zur Entlastung von Pendler- und Verkehrsströmen gesprochen. Nach Prüfung der möglichen Querungsmittel bleibt nur ein Fährbetrieb übrig. Die Gelder von Bund und Kanton sind gefährdet. Es verbleibt bei der Aarequerung lediglich ein reines Touristen- und Freizeitangebot. Mögliche Standorte der Haltestellen und Bedürfnisse der Betreiber müssen in einem Konzept erarbeitet werden. Die kürzlich aufgekommene Idee einer Kleinbootsverbindung könnte das Angebot konkurrenzieren. Nutzen und Notwendigkeit der Aarequerung werden in Frage gestellt. Die Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und ist für eine Abschreibung.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführlichen Informationen. Die Transparenz in dem Geschäft ist vorhanden. Die Fraktion fokussiert sich auf einen Vorwärtsgang, weniger auf die Querung an sich. Aus diesem Grund soll das Postulat angenommen und abgeschrieben werden. Es wird davon ausgegangen, dass es vorwärts geht. Die Fraktion geht davon aus, dass die Vertragslaufzeiten beschränkt sind. Bis dahin wird es möglicherweise auch Fortschritte in der Technologie geben. Durch weitere Vorstösse können Ideen zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht werden. Das autonome Fahren geht zwar vorwärts, ist jedoch noch nicht spruchreif. Die Idee der Kleinbootsverbindung steht im Raum, da die Antwort des Gemeinderats noch ausstehend ist. Synergien mit einem Fährbetrieb und einer Kleinbootsverbindung sind denkbar. Die Fraktion ist für die Annahme des Geschäfts mit Abschreibung, hofft jedoch auf eine baldige Realisierung.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, informiert über die heftigen politischen Diskussionen, welche die Aarequerung in der Vergangenheit bereits ausgelöst hat. Die Fraktion wurde eingehend über die Risiken und Chancen informiert und ist sich bewusst, dass die Fährenquerung trotz hohen Betriebskosten wahrscheinlich die realistischste Option ist. Etwas Mutigeres und Innovativeres, eine Art Leuchtturmprojekt, auf das man stolz sein kann, ist in Thun erwünscht. Lösungen werden Endlosplanungen vorgezogen. Allenfalls finden sich im Gemeinderat bessere Lösungen, die den Bedürfnissen von tiefen Betriebskosten und einer hohen Frequenz näher kommen. Die Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und stimmt dem Postulat einstimmig zu. Die Mehrheit der Fraktion schreibt das Postulat ab.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die umfassenden Unterlagen. Ein Fährbetrieb ist wahrscheinlich die einzige Lösung zurzeit. Als Anlagestelle würde sich ein Platz in der Nähe des Schadauparks eigenen. Der Betrieb einer Fähre ist zwar nicht kostengünstig, aber tragbar. Sollten höhere Kosten anfallen, müsste erneut über die Kosten-Nutzen-Bilanz diskutiert werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Gemeinderat Konrad Hädener ist ratlos über Stadträtin de Meurons Votum. Ob entsprechende Vorschläge vorhanden sind, ist fraglich. Ein Gespräch mit dem Leiter der Schifffahrt BLS hat gezeigt, dass automatisierte Fähren durchaus eine Lösung sein können. Das Ganze wird, ähnlich wie im Strassenverkehr, in absehbarer Zeit kommen. Allerdings ist nicht klar wann. Für selbstfahrende Boote wird neben einer Baubewilligung auch eine Konzession mit hohen Sicherheitsmassnahmen benötigt. Die heutige Infrastruktur des Fährbetriebs gehört Frau Schröder. In einem Gespräch wurde klar, dass die Nachkommen den Betrieb nicht fortsetzen möchten und nichts dagegen haben, wenn die Stadt den Betrieb auf ihrer Liegenschaft fortsetzt. Vom Standort und der Infrastruktur vor der Scherzligen-Kirche sind erste durch Externe erstellte Skizzen vorhanden, die jedoch sehr komplex sind. Gesetzliche Vorschriften und Ansprüche führen zu einem imposanten Bau. Eine Bewilligung ist nicht selbstverständlich. Gespräche mit der BLS wurden geführt. Dabei wurde das Interesse, den Fährbetrieb zu übernehmen, abgeklärt. Wirtschaftlich rentiert der Betrieb eines Fährbetriebs nicht. Interesse ist höchstens an einer Verbindung am unteren

Seebecken vorhanden. Dabei wäre der Zweck jedoch nicht derselbe. Die Betriebskosten werden aufgrund von Personalkosten relativ hoch ausfallen.

Der Rat stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Der Rat schreibt das Postulat mit 28 : 8 Stimmen ab.

57. Postulat P 2/2016 betreffend Attraktivitätssteigerung des Viehmarktplatzes zusammen mit der Thuner Bevölkerung

SVP/FDP-Fraktion vom 7. April 2016; Beantwortung

Die aktuelle Nutzung des Viehmarktplatzes, so Stadtrat Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist nicht attraktiv. Das Thema soll auf der Traktandenliste des Stadtrates bleiben. Die Antwort des Gemeinderates ist zufriedenstellend. Gute Ideen und Vorschläge der Bevölkerung können an die Stadt adressiert werden. Die Fraktion ist mit dem Antrag des Gemeinderates einverstanden und bittet den Rat, das Postulat anzunehmen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, stört der mehrheitlich ungenutzte Platz. Bisher gab es noch keine zündenden Ideen. Die Antwort des Gemeinderates ist nachvollziehbar. Die damalige Wettbewerbszielsetzung forderte, dass die historische Stadtmauer sowie der Venner-Zyro-Turm als Kulturdenkmal mit touristischem Wert erkennbar bleiben sollen. Die Fraktion ist mit einem Prüfauftrag ausserhalb der Ortsplanungsrevision einverstanden, ebenso mit der gängigen Bewilligungspraxis für Testnutzungen. Die Fraktion ist froh, wenn der Gemeinderat unkompliziert versucht, solchen Ideen Platz zu verschaffen. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, kann die Antwort des Gemeinderates nachvollziehen. Die Fraktion freut sich besonders über die Idee, die Bevölkerung aktiv mit einzubeziehen. Es wird vor einem grossen Aufwand gewarnt. Die Stadtmauer soll so, wie sie ist, gesehen und inszeniert werden. Die Fraktion freut sich, dass der Gemeinderat offen für Ideen aus der Bevölkerung ist, ist sich aber auch über die Priorität von anderen Sachen bewusst. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, findet es schade, dass ein relativ gut gelegener Platz so wenig genutzt wird. Eine nachhaltige Planung ist erwünscht. Möglicherweise wäre der Platz für Pumptracks geeignet. Bisherige Angebote waren nur mässig erfolgreich. Es ist der Fraktion ein Anliegen, die Zwischennutzung des Platzes weiter zu verfolgen. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, freut sich über die positive Aufnahme des Geschäfts und die Nutzungsidee der Fraktion der Mitte. Es ist schwierig, einen Platz neben einer stark frequentierten Strasse attraktiver zu gestalten.

Der Rat stimmt dem Postulat einstimmig zu.

58. Interpellation I 5/2016 betreffend Erfahrungen mit dem Bundesasylzentrum in Thun

SVP/FDP-Fraktion vom 3. Juni 2016; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden und wünscht eine Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Der Umfang der Antwort unterstreicht eine gewisse Brisanz dieses Themas. Die Chronologie zeigt, wie die Behörden bei der Aktion nur reagiert statt agiert haben. Die Informationsveranstaltung fand nur neun Tage vor der Eröffnung des Bundesasylzentrums statt. Wäre man nicht selbst an die Öffentlichkeit gegangen, wäre die Bevölkerung womöglich noch später informiert worden. Die Aussagen des SEM waren nicht pro-

fessionell. Der Vorsprung des Kommunikationskonzepts des Bundes an den Gemeinderat war knapp. Weiter wird kritisiert, dass die Vereinbarungen zwischen der Eidgenossenschaft, dem Kanton und der Stadt nicht unterzeichnet wurden. Dem Gemeinderat soll keine schlechte Kommunikation unterstellt werden, da er sich in einer Abhängigkeit des SEM befand. Die Fraktion hätte sich dennoch eine proaktivere Reaktion respektive Forderungen gegenüber dem SEM gewünscht. Nicht alle Punkte sind zufriedenstellend. Auf mögliche Auswirkungen auf die Stadt und Risiken wurde zu wenig aufmerksam gemacht. Hinter den Anschlägen in den umliegenden Ländern steckt eine Gefahr, die ebenfalls einberechnet werden muss. Völkerrechtlich ist die Schweiz verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht jedoch Migranten. Die Fraktion sieht hier Handlungsbedarf. Nach einem Besuch im Bundesasylzentrum musste festgestellt werden, dass nur die Minderheit der Anwesenden einen Flüchtlingsstatus erreicht. Die Konsequenz sind unnötig hohe Kosten für Leute, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Im Gegenzug ist dann möglicherweise zu wenig Geld für diejenigen vorhanden, die es nötig hätten. Mit der zu positiven Berichterstattung der Medien und den Aussagen des Sicherheitsdirektors ist die Fraktion nur bedingt einverstanden. Die Fraktion fühlt sich durch die hohe Anzahl an Polizeieinsätzen in ihrem Bedenken bestätigt. In den Medien sollte darauf hingewiesen werden, um kein falsches Bild zu erzeugen. Der Gemeinderat wird zu weniger Kooperativität respektive zu klareren Forderungen an die nationalen und kantonalen Behörden aufgefordert. Es wird gewünscht, dass die Stadt künftig rechtzeitig über die Verteilung von Asylplätzen im Kanton orientiert. Die Fraktion dankt dem Sicherheitsdirektor und allen Freiwilligen für ihren Einsatz.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und gute Antwort. Die Fraktion ist mit den Ausführungen zufrieden. Es handelt sich bei den Kritiken der SVP/FDP-Fraktion um den falschen Adressanten. Es stellt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt informiert wird. In diesem Fall war die Zeit sehr knapp. Der Gemeinderat hat jedoch alles in seinen Möglichkeiten Stehende getan. Die Stadt konnte von der zusätzlichen Koordinationsstelle profitieren. Die Kosten dieser Stelle gingen zu Lasten des Bundes und Kantons. Die Befürchtungen, die im Vorfeld geäussert wurden, sind glücklicherweise nicht eingetreten. Es gab wenig wesentliche Probleme. Die Bevölkerung hat sich stark engagiert und ein positives Zeichen für die Stadt Thun gesetzt. Die Flüchtlinge selbst haben ebenfalls ihren Beitrag für die Stadt geleistet. Die Fraktion zieht ein positives Fazit.

Roman Gugger (Grüne) dankt dem Gemeinderat für die sehr ausführliche und sachliche Beantwortung. Der Vorstoss der SVP/FDP-Fraktion und die Vorgehensweise werden stark kritisiert. Es ist schwer vorstellbar, dass alle Fraktionsmitglieder hinter den formulierten Fragen stehen können. Die Befürchtungen und Ängste, die in der Bevölkerung gestreut wurden, sind nicht eingetreten. Es wird mehr Sachlichkeit in diesem Thema gewünscht. Geflüchtete benötigen Unterstützung statt Hetze.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ist erstaunt über die hohe Anzahl von Polizeieinsätzen. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass keine Mehrkosten entstanden sind. Leider kommen Informationen nie zu früh, sondern immer zu spät. Es stellt sich die Frage, wie gut sich die militärischen Anlagen aufgrund von baulichen und psychologischen Aspekten für Asylsuchende eignen.

Alice Kropf (SP) weist auf die straffe Führung in den Asylzentren hin, die möglicherweise zu mehr Polizeieinsätzen geführt hat. Die straffe Führung, die Betreuungsfirma und der Sicherheitsdienst wurden mehrfach kritisiert. Im neu eröffneten Bundesasylzentrum beim Zieglerspital in Bern wurden deshalb Anpassungen vorgenommen. So wurde die Zusammenarbeit mit Freiwilligen gestärkt, angenehmere Räumlichkeiten ausgewählt sowie straffe Regelungen wie beispielsweise die Ausgangszeiten aufgelockert. Zudem fand eine bessere Durchmischung statt. Dies hat zu deutlich weniger Zwischenfällen und Polizeieinsätzen geführt. In Gesprächen mit Freiwilligen wurde klar, dass viele Leute aus Krisengebieten hier sind, wenn auch nicht nur aus Syrien. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen Rechtsstaat handelt, in dem jeder Mensch das Recht auf Asyl hat.

Ängste wurden aufgeworfen, so **Reto Schertenleib** (SVP), die in breiten Bevölkerungsteilen vorhanden waren. Er weist darauf hin, dass es sich bei den Kosten im Endeffekt trotz allem um Steuergelder handelt. Die Leistungen, welche Flüchtlinge in der Schweiz erhalten, sind nicht selbstverständlich. Wenn trotz diesen Leistungen Konflikte entfacht werden, ist das fraglich. Das freiwillige Engagement wird anerkannt. Es wird jedoch kritisiert, dass Flüchtlinge auf bessere Leistungen bezüglich Unterbringungsart hingewiesen werden. Sachlich bedeutet auch, alle Punkte aufzuwerfen und nicht nur zu beschönigen.

Alice Kropf (SP) konnte nicht ausfindig machen, wer Asylsuchende auf bessere Unterkünfte hätte aufmerksam machen sollen. Sie weist darauf hin, dass es sich dabei nicht um die praktizierte Umgangsart handelt. Es kann kein Vergleich mit Leuten aus Krisengebieten mit posttraumatischen Belastungsstörungen gemacht werden. Diese Leute sind viel anfälliger auf Sucht- und psychische Krankheiten. Aggressive Verhaltensweisen können teilweise darauf zurückgeführt werden. Aus diesem Grund wäre entsprechend geschultes und ausgebildetes Personal von Nöten. Stattdessen werden nicht entsprechend geschulte Sicherheitsdienste eingesetzt, was zu noch grösseren Eskalationen führt.

Thomas Hiltpold (Grüne) kritisiert, dass gerade seitens der Intepellanten bei der Informationsveranstaltung diffuse Ängste und Befürchtungen angefacht wurden, welche sich grösstenteils nicht bewahrheitet haben. Obwohl sicher nicht alles nur gut gelaufen ist, kann man auf die Art, wie die Stadt mit Bund/Kanton zusammengearbeitet hat, stolz sein. Es wird kritisiert, dass die Interpellanten nun den Gemeinderat zu weniger Kooperation mit den andern Asylbehörden auffordern. Es handelt sich um ein weltweites Problem, bei dem auf allen Ebenen versucht wird, mitzuhelfen und tragfähige Lösungen zu suchen. Es kann und darf kein Perfektionismus erwartet werden. Thun hat seinen Teil zusammen mit Bund/Kanton mitzutragen.

Der Stadtpräsident vertritt Gemeinderat Siegenthaler. Er weist auf die Schwierigkeit des Geschäfts hin. Viele Termine kamen neben dem laufenden Tagesgeschäft sehr kurzfristig. Gewisse Vorschläge und Ideen kommen vom Kanton und nicht vom Gemeinderat. In dem politischen Umfeld wurden die Aufgaben so gut wie möglich mit bestmöglicher Wahrung der Thuner Interessen gelöst. Der Gemeinderat ist beeindruckt über das hohe Engagement aller Freiwilligen, welches jedoch auch koordiniert werden musste. Es soll weder verheimlicht, noch beschönigt werden. Es wurde auf Probleme aufmerksam gemacht, ohne diese zu überbewerten. Es ist schwierig, den richtigen Zeitpunkt für die Orientierung der Bevölkerung zu finden. Hier gibt es immer Optimierungsmöglichkeiten. Es wird möglicherweise weitere Momente geben, in denen schnell entschieden und gehandelt werden muss. Es wird versucht, anstehende Probleme künftig mit demselben Einsatz und der gleichen Grundhaltung zu lösen.

59. Sitzungskalender 2017

Genehmigung

Der Sitzungskalender Stadtrat 2017 wird stillschweigend genehmigt.

60. Fragestunde 2016

F 5/2016 Umgestaltung der Vorgärten an der Allmendstrasse 12, 14 und 16; Beantwortung

F 6/2016 Gemeinderating Solidar Suisse; Beantwortung

Die schriftlichen Antworten des Gemeinderates liegen auf.

Mitteilungen

Keine weiteren Mitteilungen.

Eingänge

- Postulat P9/2016 betreffend der Einführung und Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) für sämtliche Bau- und Planungsvorhaben der Stadt Thun; SAKO Stadtentwicklung vom 22. September 2016
- Postulat P11/2016 zur Optimierung des Abfallreglements (AFR 822.1); Serge Lanz (FDP), Mark van Wijk (FDP), Lukas Lanzrein (SVP) und Mitunterzeichnende vom 22. September 2016

- Postulat P10/2016: mobiler Pumptrack auf dem Viehmarktplatz; Fraktion der Mitte vom 22. September 2016

Stadtratssekretär Remo Berlinger erinnert an die anschliessende Kommissionssitzung.

Der Stadtratspräsident
Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär
Remo Berlinger